

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in diesem Monat haben bundesweit die Betriebsratswahlen begonnen. Bis Ende Mai haben alle Beschäftigten in Betrieben mit Arbeitnehmervertretung die Möglichkeit, ihre Betriebsräte zu wählen. Unsere Fraktion hatte dazu einen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem wir alle Beschäftigten dazu auffordern, sich zu beteiligen. Zudem rufen wir Arbeitnehmer in Betrieben ohne Mitbestimmung dazu auf, Betriebsräte zu gründen. Die betriebliche Mitbestimmung ist ein hohes Gut, das maßgeblich zum sozialen Frieden und zur wirtschaftlichen Prosperität beiträgt. Das sahen auch fast alle anderen Fraktionen im Landtag so. Nur die FDP sah sich außerstande, unseren Antrag mitzutragen. Schlimmer noch, die sogenannten Liberalen polemisierten gegen die Mitbestimmung. Zur Rettung des Koalitionsfriedens stimmte die CDU dem FDP-Antrag zu, eine Abstimmung über unseren Antrag zu verschieben. Ein Armutszeugnis! Diese FDP hat den sozialen Konsens unserer Gesellschaft aufgekündigt. Das wird immer deutlicher.

Fuer

Wolfgang Jüttner

Wolfgang Jüttner
Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

LUXUSFLIEGER WULFF VERLIERT DIE ORIENTIERUNG

Die schwarz-gelbe Landesregierung mit Ministerpräsident Christian Wulff an der Spitze bietet in diesen Monaten ein bemerkenswertes Bild. Die Christdemokraten, selbst ernannte Lordsiegelbewahrer des Rechtsstaates, lassen ihrem Regierungschef einen zweifachen Gesetzesverstoß durchgehen und verzichten auf ihre Zustimmung zu einer von der SPD-Fraktion beantragten Missbilligung wegen der Florida-Affäre. Damit setzen sie für Wulff den Rechtsgrundsatz außer Kraft, dass Verstöße – auch wenn man sie im Nachhinein zugibt und bedauert – eine Sanktion nach sich ziehen müssen. Das Wulff'sche Prinzip »Flugasche auf mein Haupt, dann ist alles wieder gut« wird von der CDU im Gespann mit den FDP-Abgeordneten geschlossen mitgetragen. Auch eine Form von Upgrade.

Vor diesem Hintergrund treten die Unzulänglichkeiten der niedersächsischen Regierungspolitik indes noch viel stärker in den Fokus. Stichwort »Zukunftsklausur«: Angesichts dramatischer Landesfinanzen haben Wulff und seine Minister bei ihrem zweitägigen Treffen Ende Januar im Kloster Vienenburg in Wöltingerode beraten. Herausgekommen ist so gut wie nichts. Die Lösung der Probleme wurde vertagt. Sparbeschlüsse, etwa der Abbau von 1500 Stellen im Landesdienst bis 2015, wurden als ambitioniert verkauft. In Wirklichkeit aber sind die 50 Millionen Euro, die man damit in fünf Jahren eingespart haben will angesichts des Milliardenlochs des Landes ein Tropfen auf den heißen Stein. (Näheres zur Finanzsituation des Landes finden Sie im hinteren Teil des »TiL«)

Spendabel erweist sich die Landesregierung jedoch, wenn es darum geht, Parteiinteressen auf Bundesebene über Landesinteressen zu stellen. Um der schwarz-gelben Bundesregierung »einen guten Start« zu geben, stimmte das Land dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu, welches Land und Kommunen erhebliche Mindereinnahmen beschert. Allein die Mehrwertsteuerreduzierung für Hoteliers kostet das Land ab 2010 jährlich rund 40 Millionen Euro. Darauf ein Mövenpick! ■



Seine Masche:
Flugasche aufs Haupt

Stichwort »Jobcenter«: Dreimal hat sich der Landtag in den vergangenen Jahren mit breiter Mehrheit für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen, damit Arbeitsuchende weiterhin von den Jobcentern betreut werden können. Trotzdem gab Wulff Ende 2009 im Landtag bekannt, er sehe keine Möglichkeit mehr für eine Verfassungsänderung. Erst als sein hessischer Parteifreund und Amtskollege Roland Koch Anfang Februar der Bundesregierung die Gefolgschaft aufkündigte und damit eine Grundgesetzänderung erzwang, war auch der zuvor abgetauchte Wulff plötzlich wieder da. Er hätte im Hintergrund hart für diesen Erfolg gearbeitet, ließ er flugs mitteilen. Wer's glaubt!

Nein, dieser Ministerpräsident ist – nennen wir es einmal – etwas abgelenkt. Einsatz für Landes- und kommunale Interessen? Fehlannonce. Stattdessen muss er sich darum kümmern, die Flugasche abzuwehren, der Bundesregierung schönzutun sowie sein Kabinett vor den nächsten Blamagen zu bewahren. Auf Christian Wulff kommt eine Phase voll neuer Herausforderungen zu. Hoffentlich hat er Zeit für einen Osterurlaub, damit er ausspannen kann. Irgendein Freund aus alten Tagen wird sich schon finden, der ihm ein Ferienhaus überlässt. ■

SPD FORDERT EINEN HERZSCHRITTMACHER FÜR DEN LANDTAG



Der Antrag kann nachgelesen werden unter: www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/

Das Parlament ist das Herz der Demokratie. Aber ohne eine lebhaft und an der Sache orientierte Diskussion kann dieses Herz nicht richtig schlagen. Der Landtag in Hannover hat deshalb immer häufiger Herzrhythmusstörungen. Die Diagnose ist derzeit nicht so gut, die Ursachen sind vielfältig.

Da versuchen Redner häufig, nicht mit politischen Argumenten zu punkten, sondern mit persönlichen Diffamierungen politisch Andersdenkender. Da wird der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit als Totschlagargument gegen alles verwendet, was nicht in das eigene, kon-

servative Weltbild passt. Es kommt auch schon vor, dass deshalb eine Diskussion von der Landtagsmehrheit total verweigert wird. Die Kontrollrechte der Opposition gegenüber der Regierung werden durch verschleppte, nur halb wahre und hin und wieder auch falsche Antworten erschwert und durch eingeschränkte Möglichkeiten der Nachfrage begrenzt. Die Geschäftsordnung sorgt zusätzlich dafür, dass schriftlichen Anfragen der Opposition von vornherein die politischen »Zähne gezogen« werden. Auch die Anhörungsrechte der Öffentlichkeit bei Gesetzentwürfen sind den Mehr-

heitsfraktionen offenbar ein Dorn im Auge. Mit kurzen Ladungsfristen, mit Missachtung der Ergebnisse dieser Anhörungen oder gar mit verweigerten Anhörungen wird hier Heilung gesucht.

Alles dies macht zwar das Regieren für die Landtagsmehrheit einfacher, es schränkt jedoch die Rechte der Opposition ein und es fördert erst recht nicht eine lebendige und faire Debattenkultur. Intakt gehaltene Oppositionsrechte und eine in der Sache harte, aber politisch geführte Auseinandersetzung sind jedoch die Voraussetzung für ein lebendiges Parlament und ein wichtiger Baustein für eine intakte Demokratie. Sie lebt von der zwar an bestimmte Spielregeln gebundenen, aber nicht gefesselten Auseinandersetzungen zwischen der Opposition und der Regierung.

Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb einen Antrag in das Parlament eingebracht, der Spielregeln formuliert und Fesseln beseitigt. Unterstützt wird sie dabei von einem ähnlichen Antrag der GRÜNEN. Die Debatte verlief dann allerdings wie nicht anders zu erwarten. CDU und FDP weigerten sich auch nur einen der Vorschläge aufzunehmen. Arrogant wie immer wiesen sie es weit von sich, an ihrem Verhalten und an der Geschäftsordnung auch nur einen Deut zu verändern. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Haltung in den Ausschussberatungen ändern wird. ■



Uwe Schwarz, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

BERUFSVERBAND LOBT SPD-PFLEGEINITIATIVE

Die Initiative der SPD-Landtagsfraktion zur Errichtung einer Pflegekammer in Niedersachsen ist auf positives Echo gestoßen. Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe lobte, die Initiative der SPD komme zur rechten Zeit. Der Berufsverband unterstütze den Entschließungsantrag der SPD-Landtagsfraktion »mit aller Kraft«. Vor allem werde das differenzierte Meinungsbild der Sozialdemokraten im Landtag anerkannt. Die SPD agiert hier auf parlamentarischer Ebene im Schulterschluss mit den Grünen, die eine ähnliche Initiative eingebracht hatten.

Die SPD-Fraktion begründet ihren Antrag damit, dass gute Pflege engagierte und motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen brauche und mehr Selbstbestimmung den Stellenwert der Pflege in der Versorgung der Bevölkerung erhöhe. Ein Instrument dazu ist die Einrichtung einer Pflegekammer, die berufliche Standards entwickeln, überwachen und sicherstellen kann. Damit ist nicht nur der Pflegeberuf seiner Bedeutung entsprechend aufgewertet – zugleich ist eine Institution geschaffen, die für Qualitätssteigerung und mehr Sicherheit in der Pflege sorgt. Das

kommt vor allem den zu Pflegenden zugute. Im Februarplenium wurden die Anträge von SPD und Grünen beraten und nach einer lebhaften Sitzung zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss überwiesen. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass es in diesem Bereich Fortschritte gibt, da Vertreter von CDU-Fraktion und Landesregierung Gesprächsbereitschaft signalisierten. Wichtig ist in der nun weitergehenden Diskussion, dass die Vertreter der Angehörigen der Pflegeberufe weiterhin den Prozess aktiv begleiten. Sie haben die SPD-Fraktion an ihrer Seite. ■

LANDESREGIERUNG AUF HAUSHALTPOLITISCHEM BLINDFLUG



SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner (rechts) besuchte im Februar den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) in Norden. Von Direktor Siegfried Popp (links) ließ er sich über die Situation des Betriebs informieren, der durch weitere Stellenstreichungen bedroht ist. *Foto: Reichert*

Die Landesregierung wollte auf ihrer sogenannten Zukunftsklausur Ende Januar eigentlich Lösungen für die verfahrenre Haushaltssituation des Landes erarbeiten. Das Ergebnis der Klausurtagung ist aber ernüchternd: Die Deckungslücke der Jahre 2011 bis 2013 hat sich aufgrund der Wirtschaftskrise, aber auch wegen der schwarzen Steuerpolitik auf unglaubliche 4,923 Milliarden Euro erhöht. Hinzu kommt eine »planmäßige« Neuverschuldung von weiteren 4,8 Milliarden

Euro. »Die Vorschläge der Landesregierung, diesen Fehlbetrag auszugleichen fallen vergleichsweise bescheiden aus«, sagte die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Renate Geuter. Mit der Rasenmähermethode sollen jährlich 345 Millionen Euro aus allen Ministerien gekürzt werden. Wie das geschehen soll, bleibt offen. Die einzige klare Festlegung der Landesregierung betrifft einmal mehr die Beschäftigten. Die Beamten werden künftig bis 67 arbeiten müssen.

Desweiteren sollen bis 2015 insgesamt 1500 Stellen gestrichen werden. Die Landesregierung sucht hierzu nun krampfhaft nach Einsparpotenzial in vielen Behörden des Landes. So sollen nun Außenstellen der Landesschulbehörden geschlossen werden, die Privatisierung von Aufgaben und die Auflösung oder Zusammenlegung zahlreicher weiterer Behörden wird geprüft.

Damit aber nicht genug. Die Zahl der Lehrer soll deutlich abgesenkt werden und die sogenannte »demografische Rendite« aus den Bereichen des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums soll zur »Konsolidierung des Haushalts herangezogen werden«, was nichts anderes heißen kann, als massive Streichungen im Schul- und Hochschulbereich. Die Subventionen des Landes, also alle freiwilligen Leistungen stehen zudem auf dem Prüfstand. Das heißt, jede Institution, die Gelder vom Land erhält, muss künftig um diese Zuwendung bangen. Zur Verunsicherung trägt ganz wesentlich dazu bei, dass völlig ungeklärt ist, wo und wie viel gekürzt werden soll.

»Trotz dieses Blindfluges durch die finanziellen Abgründe des Haushalts hält Christian Wulff an dem Plan fest, ab 2017 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen zu können. Wie er das schaffen will, wird sein Geheimnis bleiben. Ohne tricksen, täuschen und Kürzungen bei den Schwächsten wird es aber nicht gehen«, bewertete Geuter das Ergebnis der Klausurtagung. ■



Renate Geuter, haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

MASSIVE KRITIK AM GEPLANTEN NIEDERSÄCHSISCHEN HOCHSCHULGESETZ

Ist der von der Landesregierung eingebrachte Entwurf des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) ein »Präsidentenmächtigkeitsgesetz«? Über die geplante Aushöhlung der Selbstverwaltung, Abbau der Gruppenrechte, Entmachtung der Fakultäten durch Übertragung der Berufungen auf die Hochschulleitung und Studiengebühren diskutierten das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im Bezirk Hannover e.V. und die SPD-Landtagsfraktion im Landtag am 11. Februar mit Hochschullehrern, Studierenden, Gewerkschaften, Verbänden und Hochschulexperten. ■



Der Vortrag von Gabriele Andretta zur NHG-Novelle ist im Internet verfügbar unter: www.landtag-niedersachsen.de unter der Rubrik »Veranstaltungen«.

KOMMUNALE FRAKTIONSCHIEFS ZU GAST IM LEINESCHLOSS

Die finanzpolitischen Entscheidungen von Union und FDP in Bund und Land – vor allem die schon vorgenommenen und noch geplanten Steuersenkungen – nehmen den Kommunen »die Luft zum Atmen«. Diesen breiten Konsens formulierten die rund 80 Teilnehmer eines Kommunalkongresses am 6. Februar, zu dem die SPD-Fraktion alle Chefs der sozialdemokratischen Ratsfraktionen nach Hannover eingeladen hatte.

SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner und Johanne Modder, innenpolitische Sprecherin der Fraktion, hatten zunächst die finanziellen Folgen der verfehlten Finanzpolitik von CDU und FDP für die Kommunen zusammengefasst. In der anschließenden Diskussion zeigte sich, dass es bei der Einschätzung der Maßnahmen einen großen Konsens zwischen den Experten aus den Städten oder Gemeinden und der Landespolitik gibt.

Schon lange nicht mehr treffen die erzwungenen Kürzungen nur die Bereiche der freiwilligen Leistungen, auch die Kernbereiche geraten mehr und mehr unter Druck. Notwendige Bau- und Renovierungsmaßnahmen an Bädern, Kin-

dergärten und anderen kommunalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen verschoben oder ganz gestrichen werden. »Die Lebensqualität in den Kommunen leidet Not«, stellte Jüttner bei der Diskussion fest.

Differenzierter verlief die Debatte über die Frage von Fusionen von Kommunen und Landkreisen. Anerkannt wurde in der Diskussion die Notwendigkeit, die Plausibilität aller bestehenden Gebietsgrenzen

auf den Prüfstand zu stellen. Kritisiert wurde aber die Politik der Landesregierung als konzeptionslos. Nur durch finanzielle Anreize und Druck auf die Kommunen könne nach Ansicht der meisten versammelten Fachleute ein solch zentrales landespolitisches Vorhaben nicht glücken.

Die SPD-Fraktion wird den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in den kommunalen Räten weiter intensivieren. ■



Klaus-Peter Bachmann,
Mitglied im Fraktions-
vorstand und Integrations-
experte

UNVERBESSERLICHER BESSERWISSE

Zukünftig wird es in Niedersachsen keine verdachtsunabhängigen Kontrollen von Moscheen mehr geben. Der Einschätzung der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, dass diese rechtswidrig sind, hat sich nun auch die Landesregierung angeschlossen. »Das Ergebnis der hoch qualifizierten Anhö-

rung und die Stellungnahme der Landtagsjuristen hat schließlich auch den Ministerpräsidenten überzeugt. Allein Innenminister Schünemann war weiter der Ansicht, er wisse es besser als alle anderen und wollte die Kontrollen fortführen. Erst ein Machtwort des Ministerpräsidenten führte zu seinem Ein-

lenken. Dies zeigt einerseits, dass Schünemann sogar die Meinung des Ministerpräsidenten ignoriert. Andererseits wird so deutlich, dass er von Integration wenig versteht«, fasste SPD-Innenpolitiker Klaus-Peter Bachmann die Situation zusammen.

Es sei offensichtlich, dass Menschen, die sich beim Besuch eines Gotteshauses von der Polizei kontrollieren lassen müssten, sich einem unbegründeten Generalverdacht ausgesetzt sähen. Der Eindruck, sie seien unwillkommen, dränge sich auf, so Bachmann weiter. Integration könne derart nicht gelingen. Was ehrenamtliche Initiativen aufbauen würden, werfe Minister Schünemann wieder um.

Um nachhaltig Rechtssicherheit zu schaffen, hat die SPD einen eigenen Änderungsantrag für das Polizeirecht eingebracht. Der Sprachgebrauch soll an den der übrigen Bundesländer angepasst werden, damit die Vorschrift präziser wird. Außerdem wird der Polizei auferlegt, die Begründung der Kontrollen zu dokumentieren. ■



Foto: fotolia.com

Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Verantwortlich:

Dr. Cornelius Schley,
Geschäftsführer SPD-Fraktion
Niedersachsen

Mitarbeiter an dieser Ausgabe:

Sebastian Böhrs, Wolfgang Jüttner,
Bernd Maschke, Olaf Reichert,
Cornelius Schley und Ute Wormland.

Redaktion: Olaf Reichert,
olaf.reichert@lt.niedersachsen.de

Anschrift:

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
www.spd-landtag-nds.de

Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de